

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1978

Ausgegeben am 9. Feber 1978

22. Stück

86. Kundmachung: Beitritt Spaniens zum Europarat
87. Inter-Amerikanische Entwicklungsbank — Resolution AG-9/77 — Änderung der Vorschriften für die Wahl der Exekutivdirektoren
88. Vereinbarung zur Ergänzung des Vertrages über die zoll- und paßrechtlichen Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben
89. Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und der Republik Rwanda über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich
90. Notenwechsel über die Ausdehnung des Vertrages zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen auf Hongkong

**86. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 24. Jänner 1978 betreffend den Beitritt Spaniens zum Europarat**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Spanien am 24. November 1977

seine Beitrittsurkunde zur Satzung des Europarates (BGBl. Nr. 121/1956, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 618/1976) hinterlegt.

Kreisky

**87.**

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT  
BANK  
RESOLUTION AG-9/77  
AMENDMENT OF THE REGULATIONS  
FOR THE ELECTION OF EXECUTIVE  
DIRECTORS

WHEREAS:

Pursuant to Resolution AG-7/77, the Committee of the Board of Governors has studied the proposal submitted by the Governors for Barbados, Guyana, Jamaica and Trinidad and Tobago concerning the possibility of increasing the number of Executive Directors so that these countries can be represented jointly by an Executive Director; and

The Committee of the Board of Governors, taking into account the special situation of these countries and such other countries as

(Übersetzung)

INTER-AMERIKANISCHE  
ENTWICKLUNGSBANK  
RESOLUTION AG-9/77  
ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN FÜR  
DIE WAHL DER EXEKUTIVDIREKTO-  
REN

Nachdem das Komitee des Gouverneursrates gemäß Resolution AG-7/77 den von den Gouverneuren von Barbados, Guyana, Jamaika und Trinidad und Tobago vorgelegten Vorschlag betreffend die Möglichkeit, die Zahl der Exekutivdirektoren zu erhöhen, damit diese Länder gemeinsam durch einen Exekutivdirektor vertreten werden können, geprüft hat und

das Komitee des Gouverneursrates in Anbetracht der besonderen Situation dieser Staaten und jener anderen Staaten, die sich der integrier-

may wish to associate themselves with the integrated Caribbean regional group, as well as the report of the Board of Executive Directors contained in documents CA-99 and CA-99-1, has recommended that the Board of Governors increase by one the number of Executive Directors to be elected by the regional developing member countries under Section 3 (d) of the Regulations for the Election of Executive Directors.

The Board of Governors

RESOLVES:

To amend the Regulations for the Election of Executive Directors as follows:

1. The introduction of Section 3 shall read:

„The Governors for the regional developing member countries shall elect eight Executive Directors in accordance with the following provisions:”

2. Paragraph (d) of Section 3 shall read:

„In the second place, Governors whose votes have not been cast in favor of any of the Directors elected under paragraph (c) shall elect three Executive Directors on the basis that only countries individually having not more than two and one-half percent ( $2\frac{1}{2}\%$ ) of the total eligible votes may present candidates and vote. The three candidates who receive the greatest number of votes shall be deemed elected, provided that one candidate receive the votes of at least four countries and the other two candidates receive the votes of not less than three countries each. As many ballots shall be taken as are necessary to reach this result.”

3. Paragraph (a) of Section 8 shall read:

„The election shall consist of four separate stages. The Executive Director referred to in Section 2 of these Regulations shall be elected in the first stage. The five Directors referred to in Section 3 (c) of these Regulations shall be elected in the second stage; the three Directors mentioned in Section 3 (d) thereof in the third, and the two Directors referred to in Section 4 in the fourth.”

(Approved November 3, 1977)

ten karibischen regionalen Gruppe anschließen wollen sowie des Berichtes des Exekutivdirektoriums in den Dokumenten CA-99 und CA-99-1 dem Gouverneursrat empfohlen hat, die Zahl der von den in der Entwicklung befindlichen regionalen Mitgliedstaaten gemäß Abschnitt 3 (d) der Vorschriften für die Wahl der Exekutivdirektoren zu wählenden Exekutivdirektoren um eins zu erhöhen,

beschließt der Gouverneursrat die folgenden Änderungen der Vorschriften für die Wahl der Exekutivdirektoren:

1. Die Einleitung von Abschnitt 3 hat zu lauten:

„Die Gouverneure der in der Entwicklung befindlichen regionalen Mitgliedstaaten wählen acht Exekutivdirektoren gemäß den folgenden Bestimmungen:“

2. Abschnitt 3, Absatz (d) hat zu lauten:

„Sodann wählen die Gouverneure, deren Stimmen für keinen der nach Buchstaben (c) gewählten Direktoren abgegeben worden sind, drei Exekutivdirektoren, wobei nur die Staaten Kandidaten aufstellen können und stimmberechtigt sind, die jeder nur höchstens zweieinhalb vom Hundert ( $2\frac{1}{2}\%$  v. H.) der in Frage kommenden Gesamtstimmzahl innehaben. Als gewählt gelten die drei Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten, sofern ein Kandidat die Stimmen von mindestens vier Staaten und jeder der beiden anderen Kandidaten die Stimmen von nicht weniger als drei Staaten erhält. Es finden so viele Wahlgänge statt, wie zur Erreichung dieses Ergebnisses erforderlich sind.“

3. Abschnitt 8, Absatz (a) hat zu lauten:

„Die Wahl besteht aus vier getrennten Phasen. Der Exekutivdirektor, auf den in Abschnitt 2 dieser Vorschriften Bezug genommen ist, wird in der ersten Phase gewählt. Die fünf Direktoren, auf die in Abschnitt 3 Buchstabe (c) Bezug genommen ist, werden in der zweiten Phase gewählt, die drei Direktoren, auf die in Abschnitt 3 Buchstabe (d) Bezug genommen ist, in der dritten und die zwei Direktoren, auf die in Abschnitt 4 Bezug genommen ist, in der vierten.“

(Angenommen am 3. November 1977)

Die vorstehende Änderung tritt gemäß Art. XII Buchstabe (c) des Übereinkommens zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (BGBl. Nr. 174/1977, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 352/1977) am 3. Feber 1978 in Kraft.

Kreisky

**88. Vereinbarung vom 10. Mai 1977 bzw. 20. Juni 1977 zur Ergänzung des Vertrages vom 31. Mai 1967 über die zoll- und paßrechtlichen Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben \*)**

DER BOTSCHAFTER  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Wien, den 10. Mai 1977

Herr Bundesminister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 1 Absatz 3 des Vertrages vom 31. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der deutsch-österreichischen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben, folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Das Verzeichnis der Grenzbrücken (Abschnitt II der Anlage I zum Vertrag) wird wie folgt ergänzt:

Nach der Grenzbrücke unter Nr. 2 wird aufgenommen:

„2 a. Autobahnbrücke über die Leiblach bei Hörbranz“.

Falls sich die österreichische Bundesregierung mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, schlage ich vor, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft tritt, nachdem die Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Grabert m. p.

Seiner Exzellenz  
dem Bundesminister für  
Auswärtige Angelegenheiten  
Herrn Dr. Willibald Pahr  
Ballhausplatz 2  
Wien

DER BUNDESMINISTER FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
Zl. 22.25.27/12-IV.2/77

Wien, am 20. Juni 1977

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 10. Mai 1977 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 1 Absatz 3 des Vertrages vom 31. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der deutsch-österreichischen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben, folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Das Verzeichnis der Grenzbrücken (Abschnitt II der Anlage I zum Vertrag) wird wie folgt ergänzt:

Nach der Grenzbrücke unter Nr. 2 wird aufgenommen:

„2 a. Autobahnbrücke über die Leiblach bei Hörbranz“.

Falls sich die österreichische Bundesregierung mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, schlage ich vor, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft tritt, nachdem die Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung damit einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwortnote eine Vereinbarung unserer beiden Regierungen bilden, die sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft tritt, nachdem die Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Pahr m. p.

S. E.  
Herrn  
Horst Grabert  
ao. und bev. Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland  
Wien

Die im vorletzten Absatz der Eröffnungsnote vorgesehenen Mitteilungen sind am 20. Dezember 1977 erfolgt; die vorstehende Vereinbarung tritt daher am 18. Feber 1978 in Kraft.

Kreisky

\*) In der Fassung der Kundmachungen BGBl. Nr. 339/1970, 383/1971, 427/1973 und 493/1977.

## 89.

## A c c o r d

entre le Ministre Fédéral du Commerce et de l'Industrie et le Ministre Fédéral des Finances de la République d'Autriche et la République Rwandaise relatif à la reconnaissance des certificats d'origine et de production artisanale des marchandises aux fins d'admission en Autriche en franchise ou à des droits de douane réduits

Le Ministre Fédéral du Commerce et de l'Industrie et le Ministre Fédéral des Finances de la République d'Autriche d'une part et le Gouvernement de la République Rwandaise d'autre part sont convenus de ce qui suit:

## Article 1

Le Ministre des Finances et de l'Economie de la République Rwandaise certifie que le Service des Douanes, c/o Ministère des Finances et de l'Economie, B.P. 718, Kigali,

est autorisé à délivrer des certificats d'origine et de production artisanale des marchandises aux fins d'admission en Autriche en franchise ou à des droits de douane réduits.

## Article 2

(1) Sous réserve des dispositions du paragraphe (2), la forme et le fond des certificats d'origine et de production artisanale sera conforme à la formule A employée aux fins du Système Généralisé des Préférences.

(2) Les certificats contiendront les suivantes déclarations supplémentaires:

- a) Déclaration supplémentaire de l'exportateur (dans la case 7 de la formule mentionnée):  
« Toutes les marchandises ci-dessus sont des produits artisanaux. »
- b) Certificat délivré par le service autorisé et mentionné à l'article 1 (dans la case 4 de la formule mentionnée):  
« Il est certifié, sur la base du contrôle effectué, que les marchandises décrites dans ce certificat sont des produits artisanaux conformément à l'Accord entre l'Autriche et le Rwanda. »

.....  
Lieu et date, signature et timbre du service délivrant le certificat

(3) Sont considérés comme des produits artisanaux, les marchandises produits pour la

(Übersetzung)

## A b k o m m e n

zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und der Republik Rwanda über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und der Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und die Regierung der Republik Rwanda andererseits sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft bestätigt, daß zur Ausstellung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich folgende Stelle ermächtigt ist:

Service des Douanes, c/o Ministère des Finances et de l'Economie, B.P. 718, Kigali.

## Artikel 2

(1) Die Zeugnisse über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung entsprechen — vorbehaltlich der Bestimmungen des Abs. 2 — nach Inhalt und Form dem für Zwecke des Allgemeinen Präferenzsystems verwendeten Formblatt A.

(2) Die Zeugnisse enthalten folgende zusätzliche Feststellungen:

- a) Zusätzliche Erklärung des Ausführers (in Spalte 7 des genannten Formblattes):  
„Alle oben genannten Waren sind handwerklich hergestellte Waren.“
- b) Bescheinigung der im Artikel 1 genannten ermächtigten Stelle (in Spalte 4 des genannten Formblattes):  
„Hiemit wird auf Grund der durchgeführten Kontrollen bescheinigt, daß die in diesem Zeugnis beschriebenen Waren handwerklich hergestellte Waren gemäß dem Abkommen zwischen Österreich und Rwanda sind.“

.....  
Ort und Datum, Unterschrift und Stempel der bescheinigenden Stelle“

(3) Als handwerklich hergestellte Waren werden Waren verstanden, die überwiegend von

plupart à la main ou seulement à l'aide des machines ou appareils à commande à main ou à pédale. L'emploi des matières premières ayant été fabriquées à la mécanique n'exclut pas principe l'admission aux bénéfices prévus par la législation autrichienne.

### Article 3

Le Ministre des Finances et de l'Economie de la République Rwandaise notifiera au Ministre Fédéral des Finances de la République d'Autriche tout changement à l'égard du Service des Douanes, c/o Ministère des Finances et de l'Economie, B.P. 718, Kigali, mentionné à l'article 1.

### Article 4

Le Ministre des Finances et de l'Economie de la République Rwandaise prêtera aux autorités autrichiennes, à leur demande, assistance administrative pour le contrôle de l'authenticité et de la régularité des certificats.

### Article 5

Le présent Accord entrera en vigueur dix semaines après la signature; il est conclu pour une durée de deux ans. Sa validité sera prorogée chaque année pour une nouvelle période d'un an, sauf dénonciation écrite par une des Parties Contractantes, qui devra être notifiés par voie diplomatique six mois avant l'expiration du terme.

FAIT en deux originaux en la langue française.

Pour le Ministre Fédéral du Commerce et de l'Industrie de la République d'Autriche:

**Dr. Rudolf Willenpart**  
Directeur

Pour le Ministre Fédéral des Finances de la République d'Autriche

**Dr. Franz Manhart**  
Directeur

Pour la République Rwandaise:

**Ntirugirimabazi Denis**

Le Ministre des Finances et de l'Economie

Vienne, le 27 janvier 1977

Kigali, le 10 Octobre 1977

Hand oder nur unter Verwendung von ausschließlich durch Hand- oder Fußantrieb bedienten Maschinen oder Geräten hergestellt worden sind. Die Verwendung von maschinell erzeugten Rohmaterialien schließt grundsätzlich handwerklich hergestellte Waren von den nach österreichischem Recht eingeräumten Begünstigungen nicht aus.

### Artikel 3

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft der Republik Rwanda wird jede Änderung bezüglich des im Artikel 1 genannten „Service des Douanes, c/o Ministère des Finances et de l'Economie, B.P. 718, Kigali“ dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich bekanntgeben.

### Artikel 4

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft der Republik Rwanda leistet bei der Prüfung der Echtheit und Ordnungsmäßigkeit der Zeugnisse den österreichischen Behörden über deren Ersuchen Verwaltungshilfe.

### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt zehn Wochen nach Unterzeichnung in Kraft; es wird auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht durch eine der Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf der Frist schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt wird.

GESCHEHEN in zwei Urschriften in französischer Sprache.

Für den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich:

**Dr. Rudolf Willenpart**  
Ministerialrat

Für den Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich:

**Dr. Franz Manhart**  
Ministerialrat

Für die Republik Rwanda:

**Ntirugirimabazi Denis**

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft

Wien, am 27. Jänner 1977

Kigali, am 10. Oktober 1977

Das vorstehende Abkommen ist gemäß seinem Art. 5 am 19. Dezember 1977 in Kraft getreten.

Kreisky

**90. Notenwechsel über die Ausdehnung des Vertrages zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen auf Hongkong**

BRITISH EMBASSY  
VIENNA

From: Her Britannic Majesty's Ambassador at Vienna, Mr. H. T. Morgan C.M.G.

Your Excellency

I have the honour to refer to the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Republic of Austria for the Reciprocal Recognition and Enforcement of Judgments in Civil and Commercial Matters, signed at Vienna on 14 July 1961, as amended by the Protocol signed at London on 6 March 1970.

On instructions from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs, I have to inform you that the United Kingdom wish to extend the operation of the said Convention as amended to Hong Kong under Article XIII. Paragraph (2) of that Article provides that, before this can be done, an agreement must be concluded between the High Contracting Parties as to the courts of the territory concerned, which shall be deemed to be „superior courts“ for the purposes of the Convention, and the courts to which application for registration of any judgment shall be made.

I therefore have the honour to propose that, for the purposes of the Convention, the following courts, that is to say:

- (a) the Supreme Court of Judicature of Hong Kong (Court of Appeal and High Court of Justice);
- (b) Her Majesty in Council determining appeals from the Supreme Court of Judicature of Hong Kong,

shall be deemed to be „superior courts“ and that the High Court of Justice of Hong Kong shall be the court to which application for registration of any judgment shall be made. I would explain that in certain cases appeals lie from the Supreme Court of Judicature of Hong Kong to Her Majesty in Council, who exercises this appellate jurisdiction on the advice of the Judicial Committee of that Council.

If the foregoing proposal is acceptable to the Republic of Austria, I have the honour to

(Übersetzung)

BRITISCHE BOTSCHAFT  
WIEN

Vom: Botschafter Ihrer Britischen Majestät in Wien, Herrn H. T. Morgan C.M.G.

Exzellenz!

Ich beehre mich, auf den Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, unterzeichnet am 14. Juli 1961 in Wien, in der Fassung des in London am 6. März 1970 unterzeichneten Protokolls, Bezug zu nehmen.

Auf Weisung des Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs Ihrer Majestät teile ich Ihnen mit, daß das Vereinigte Königreich den Anwendungsbereich des genannten Vertrages in seiner jetzigen Fassung gemäß Artikel XIII auf Hongkong auszudehnen beabsichtigt. Absatz 2 dieses Artikels bestimmt, daß, ehe dies geschehen kann, das Einvernehmen zwischen den Hohen Vertragschließenden Parteien über die Gerichte des betreffenden Gebietes herzustellen ist, die im Sinne dieses Vertrages als „obere Gerichte“ anzusehen sind, und über die Gerichte, bei denen der Antrag auf Registrierung einer Entscheidung gestellt werden kann.

Ich beehre mich daher vorzuschlagen, daß im Sinne des Vertrages folgende Gerichte, und zwar:

- a) der „Supreme Court of Judicature“ von Hongkong (Court of Appeal and High Court of Justice);
- b) Ihre Majestät nach Anhörung des Kronrates bei der Entscheidung über Berufungen gegen Urteile des „Supreme Court of Judicature“ von Hongkong als „obere Gerichte“ anzusehen sind, und daß der „High Court of Justice“ von Hongkong das Gericht sein soll, bei dem der Antrag auf Registrierung einer Entscheidung gestellt werden kann. Ich möchte erklären, daß in bestimmten Fällen Berufungen vom „Supreme Court of Judicature“ von Hongkong an Ihre Majestät nach Anhörung des Kronrates zulässig sind, die diese Appellationsgerichtsbarkeit auf Vorschlag des „Judicial Committee“ ausübt.

Wenn der vorgenannte Vorschlag für die Republik Österreich annehmbar ist, beehre ich

suggest that the present Note and Your Excellency's reply to that effect shall constitute the agreement provided for in Article XIII (2) of the Convention in so far as the territory of Hong Kong is concerned.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

**H.T. Morgan**

Vienna, 21 November 1977

His Excellency  
Dr. Willibald P a h r  
Federal Minister for Foreign Affairs of  
the Republic of Austria

mich vorzuschlagen, daß diese Note und die diesbezügliche Antwort Eurer Exzellenz das Einvernehmen herstellt, das im Artikel XIII Absatz 2 des Vertrages vorgesehen ist, soweit das Gebiet von Hongkong betroffen ist.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

**H.T. Morgan**

Wien, am 21. November 1977

S.E. Dr. Willibald P a h r  
Bundesminister für Auswärtige  
Angelegenheiten der Republik  
Österreich

The Federal Minister  
for Foreign Affairs

Vienna, 21 November 1977

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of Your Excellency's Note of 21 November 1977 which reads as follows:

"I have the honour ..... (es folgt der weitere Text der britischen Eröffnungsnote in englischer Sprache) ..... concerned."

The foregoing proposals being acceptable to the Republic of Austria, Your Excellency's Note and this reply shall constitute the agreement provided for in Article XIII (2) of the Convention in so far as the territory of Hong Kong is concerned.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurance of my highest consideration.

**Willibald Pahr**

His Excellency  
Mr. H. T. M o r g a n, C.M.G.  
Her Britannic Majesty's  
Ambassador at Vienna

(Übersetzung)

Der Bundesminister für  
Auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 21. November 1977

Exzellenz!

Ich beehre mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz vom 21. November 1977 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Ich beehre mich, auf ..... (es folgt der weitere Text der Übersetzung der britischen Eröffnungsnote in deutscher Sprache) ..... ausübt.“

Da der vorgenannte Vorschlag für die Republik Österreich annehmbar ist, sollen die Note Eurer Exzellenz und diese Antwortnote das Einvernehmen gemäß Artikel XIII Absatz 2 des Vertrages bezüglich des Gebietes von Hongkong darstellen.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

**Willibald Pahr**

S.E. Herrn H. T. M o r g a n, C.M.G.

Botschafter Ihrer Britischen  
Majestät in Wien

Die Britische Botschaft Wien teilte gemäß Art. XIII Abs. 1 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. Nr. 224/1962, in der Fassung des Protokolls BGBl. Nr. 453/1971) am 21. November 1977 mit, den genannten Vertrag auf Hongkong auszudehnen; die Ausdehnung tritt am 21. Feber 1978 in Kraft.

**Kreisky**



# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 467,—, inklusive 8% Umsatzsteuer, für Inlands- und S 557,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 85 g inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 4,30 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

**Bezugsanmeldungen** werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.